

# Einführung der kostenfreien Meisterausbildung in Brandenburg

Landtag Brandenburg

Drucksache: 8/155 | Datum: 2024-12-03 | Fraktion(en): CDU | GWÖ-Score: 7.0/10

[+] Empfehlung: Unterstützen mit Änderungen

## Der Antrag im Überblick

Die CDU-Fraktion fordert die landesweite Einführung einer kostenfreien Meisterausbildung im Handwerk, um die duale Ausbildung aufzuwerten, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die regionale Wirtschaft zu stärken.

- Kostenfreie Meisterausbildung als Gleichstellung mit Hochschulstudium
- Finanzierung über ESF und Landesmittel
- Ziel: Attraktivierung des Handwerks und Sicherung ländlicher Strukturen

## GWÖ-Treue

Score: 7.0/10

**Begründung:** Der Antrag stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) durch bessere Zugänglichkeit beruflicher Spitzenqualifizierung und fördert Solidarität (D2) durch Stärkung regionaler Wertschöpfung und ländlicher Strukturen. Er berührt Menschenwürde (D1) positiv über Chancengleichheit und Transparenz & Mitbestimmung (D5) indirekt via Kammernkooperation. Allerdings bleibt ökologische Nachhaltigkeit (Spalte 3) unberücksichtigt – keine Verknüpfung mit klimagerechter Ausbildung oder grünen Handwerksberufen. Auch die Berührungsgruppe A (Lieferant:innen) wird nicht adressiert.

**Schwerpunkte:** D4, D2, D1

## Matrix-Zuordnung (Matrix 2.0 für Gemeinden)

	1	2	3	4	5
A: Lieferant:innen					
B: Finanzen					
C: Führung/Verwaltung					
D: Bürger:innen	++	++		++	++
E: Gesellschaft/Natur			--		

Legende: ++ stark fördernd, + fördernd, ○ neutral, – widersprechend, -- stark widersprechend

## Berührte Themenfelder

- **D1:** Chancengleichheit bei Aufstiegsqualifizierung [++]
- **D2:** Stärkung regionaler Wirtschaftsstruktur und ländlicher Räume [++]
- **D4:** Kostenfreie Meisterausbildung als öffentliche Investition in Fachkräfte [++]
- **D5:** Zusammenarbeit mit Kammern – partizipative Umsetzung [++]
- **E3:** Keine Verbindung zu klimagerechter Qualifizierung oder grünen Handwerksberufen [––]

## Programmtreue

---

### CDU (Antragsteller)

**Wahlprogramm:** 10.0/10 — Der Antrag entspricht exakt den Kernforderungen des CDU-Wahlprogramms 2024: Gleichwertige Förderung von Berufsschulen und Meisterausbildung, Stärkung der dualen Ausbildung sowie Fachkräftesicherung im Handwerk. Die Formulierung 'gleiche Wertschätzung wie akademische Bildung' spiegelt direkt Q1 und Q6 wider.

**Parteiprogramm:** 9.0/10 — Das CDU-Grundsatzprogramm betont ausdrücklich die Schöpfungsverantwortung, aber auch die Stärkung der dualen Ausbildung und die Wertschätzung beruflicher Bildung als Teil der Sozialen Marktwirtschaft. Der Antrag greift diese Leitideen konsequent auf, vernachlässigt jedoch explizit ökologische Aspekte der Meisterausbildung.

### SPD

**Wahlprogramm:** 6.0/10 — Die SPD setzt auf Tariftreue bei Vergaben und einen Landesmindestlohn, aber kein explizites Bekenntnis zur kostenfreien Meisterausbildung. Sie betont jedoch die Modernisierung der Erzieherausbildung (Q14) und die Ganztagschule als Ort sozialen Miteinanders (Q17), was indirekt auf Bildungsgerechtigkeit verweist. Kein direkter Widerspruch, aber auch keine explizite Unterstützung.

**Parteiprogramm:** 5.0/10 — Das Hamburger Programm fordert die Stärkung von Ausbildung und Forschung (Q16), aber ohne Fokussierung auf Meisterqualifikation. Es betont soziale Durchlässigkeit im Bildungswesen (Q17), was konsistent ist, aber keine klare Zustimmung impliziert.

### BSW

**Wahlprogramm:** 8.0/10 — Der BSW fordert ausdrücklich, Ausbildungen finanziell attraktiver zu machen (Q23) und betont die Notwendigkeit gut ausgebildeter Fachkräfte statt Zuwanderung (Q23). Die Forderung nach kostenfreier Meisterausbildung passt nahtlos in diese Logik ein. Auch die Kritik an maroder Schulinfrastruktur (Q20) zeigt Sensibilität für bildungspolitische Investitionen.

**Parteiprogramm:** 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

### AfD

**Wahlprogramm:** 4.0/10 — Die AfD betont Leistungsprinzip und traditionelle Berufsbilder, aber ihr Programm enthält keine Aussage zur Meisterausbildung. Ihre Ablehnung der Energiewende (Q20) und Betonung von Kernkraft/Kohle steht im

Kontrast zur fehlenden ökologischen Rahmung des Antrags – indirekter Widerspruch zu einer zukunftsorientierten Handwerksförderung.

**Parteiprogramm:** 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

## Verbesserungsvorschläge

### Original:

Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den zuständigen Kammern ein Programm einzurichten, das die vollständige Kostenübernahme für die Meisterausbildung in Handwerksberufen sicherstellt.

### Vorschlag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den zuständigen Kammern und Umweltverbänden ein Programm einzurichten, das die vollständige Kostenübernahme für die Meisterausbildung **in klimagerechten und zukunftsfähigen Handwerksberufen (z. B. Elektrotechnik, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Dachdeckerhandwerk)** sicherstellt.

Verknüpft den Antrag mit ökologischer Nachhaltigkeit (Spalte 3) und stärkt E3-Feld – entspricht GWÖ-Matrix-Anspruch an zukunftsorientierte Gemeinwohlpolitik.

### Original:

Ziel ist es, die duale Ausbildung attraktiver zu gestalten, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks in Brandenburg zu sichern und Zukunftsfit zu machen.

### Vorschlag:

Ziel ist es, die duale Ausbildung attraktiver zu gestalten, **insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund, aus benachteiligten Familien und aus strukturschwachen Regionen**, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks in Brandenburg zu sichern und Zukunftsfit zu machen.

Stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) und Menschenwürde (D1) durch explizite Inklusionsperspektive – schließt Lücke in der sozialen Dimension.

### Original:

Die Kostenübernahme ist ein klares Signal, dass das Handwerk die gleiche Wertschätzung genießt wie das gebührenfreie Hochschulstudium.

### Vorschlag:

Die Kostenübernahme ist ein klares Signal, dass das Handwerk die gleiche Wertschätzung genießt wie das gebührenfreie Hochschulstudium **und dass die öffentliche Hand ihre Verantwortung für eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft wahrnimmt.**

Verankert den Antrag explizit in beiden zentralen GWÖ-Werten: Soziale Gerechtigkeit und Ökologische Nachhaltigkeit – erhöht Treue zur Matrix.

## Zusammenfassung

---

### Stärken

- Klare Fokussierung auf berufliche Bildungsgleichstellung
- Stärkung ländlicher Wirtschaftsstrukturen
- Pragmatische Finanzierungsvorschläge (ESF + Landesmittel)

### Schwächen

- Keine ökologische Rahmung
- Keine soziale Zielgruppenbenennung (z. B. Geflüchtete, Menschen mit Behinderung)
- Keine Verbindung zu Mitbestimmung oder Bürgerbeteiligung

# Original-Antrag

Drucksache 8/155

Einführung der kostenfreien Meisterausbildung in Brandenburg

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

## Antrag

der CDU-Fraktion

### Einführung der kostenfreien Meisterausbildung in Brandenburg

Das Handwerk spielt in Brandenburg eine Schlüsselrolle. Mit über 38.000 Handwerksbetrieben und mehr als 200.000 Beschäftigten ist das Handwerk ein zentraler Wirtschaftsfaktor und sichert Arbeitsplätze und die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Dienstleistungen - von der Energieversorgung über das Lebensmittelhandwerk bis hin zur Gesundheitsversorgung. Darüber hinaus bildet das Handwerk aus und ermöglicht vielen jungen Menschen den Einstieg in ein Berufsleben mit sicheren Jobs. Den Ausbildungsbetrieben des Handwerks verdanken wir, dass Deutschland in Europa zu den Ländern mit der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit gehört.

Durch überbordende Bürokratie, galoppierende Sozialabgaben, eine hohe Steuerlast und eine sich verschärfende Fachkräftesituation ist die Situation für das Handwerk derzeit äußerst angespannt. Der Fachkräftemangel nimmt weiter zu, insbesondere in Schlüsselbranchen wie dem Baugewerbe, der Elektrotechnik und dem Kfz-Handwerk. Viele junge Menschen scheuen den Weg der Meisterausbildung wegen der hohen Kosten, die oft mehrere tausend Euro betragen. Die Akademisierung eines größeren Teils der Bevölkerung führt zu einer Abwanderung aus dem Handwerk und somit auch aus den strukturschwachen ländlichen Räumen. Daher ist notwendig, dass das Land in gleicher Qualität berufliche wie akademische Bildung unterstützt. Die Kosten für die Qualifizierung in der akademischen Ausbildung sind in Brandenburg aus gutem Grund gebührenfrei. Für eine weitere Aufwertung des Handwerks ist daher eine Gleichstellung der beruflichen mit der akademischen Bildung überfällig.

#### Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den zuständigen Kammern ein Programm einzurichten, das die vollständige Kostenübernahme für die Meisterausbildung in Handwerksberufen sicherstellt. Ziel ist es, die duale Ausbildung attraktiver zu gestalten, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks in Brandenburg zu sichern und Zukunftsfit zu machen.
2. Zur Finanzierung des Programms sollen bestehende Instrumente, wie etwa aus dem Europäischen Sozialfonds, sowie zusätzliche Landesmittel eingesetzt werden.

#### Begründung:

Die Kostenfreiheit der Meisterausbildung auf Landesebene hat viele Vorteile.

Die Kostenübernahme ist ein klares Signal, dass das Handwerk die gleiche Wertschätzung genießt wie das gebührenfreie Hochschulstudium.

Mehr qualifizierte Meister bedeuten mehr Ausbildungsbetriebe und damit bessere Chancen für junge Menschen in der Region.

Gut qualifizierte Fachkräfte stärken die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der brandenburgischen Wirtschaft.

In anderen Bundesländern wie zum Beispiel Bayern hat sich die Förderung der Meisterausbildung bereits bewährt. Es ist an der Zeit, dass auch Brandenburg die Weichen stellt, um die Attraktivität des Handwerks zu steigern und die Zukunft der regionalen Wirtschaft nachhaltig zu sichern. Vorhandene Möglichkeiten müssen genutzt werden. Anstatt ständig auf den Bund zu verweisen, können wir in Brandenburg vorangehen.

Die Einführung der gebührenfreien Meisterausbildung ist eine Investition in die Zukunft Brandenburgs, die sich langfristig durch höhere Steuereinnahmen, geringere Arbeitslosigkeit und eine gestärkte Wirtschaft auszahlen wird.